

Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbands, fordert einen Schutzschirm oder Rettungsfonds für Kommunen, damit diese weiterhin bauen können

# „Die Eigenbeteiligung muss halbiert werden“

Wenn Städte und Gemeinden bauen, hilft das nicht nur der Bauindustrie, sondern auch anderen Wirtschaftszweigen. Darum sollten die Kommunen in der Corona-Krise den Rotstift nicht gerade bei Bauprojekten ansetzen. Vielmehr müsste der Freistaat sie befähigen, diese fortzuführen.

**BSZ** Herr Schmid, wegen der Corona-Pandemie und dem Shutdown werden die Gewerbesteuererinnahmen massiv einbrechen. Städte und Gemeinden werden sparen müssen. Warum sollten sie nicht gerade bei Baumaßnahmen den Rotstift ansetzen?

**THOMAS SCHMID** Das wird leider so kommen. Es kommt noch hinzu, dass den Kommunen auch viele Abgaben und Gebühren fehlen werden. Ich denke da insbesondere an den kommunalen Nahverkehr. Busse und Bahnen müssen schon in normalen Zeiten subventioniert wer-

**BSZ** Wie viel an Folgeinvestitionen induziert ein für kommunale Bauprojekte investierter Euro?

**SCHMID** Eine spezielle Berechnung eines Multiplikators für kommunale Bauprojekte gibt es meines Wissens nach nicht. Für Deutschland hat das Rheinisch-Westfälische Institut (RWI) ermittelt, dass Bauinvestitionen in Höhe von einer Milliarde Euro gesamtwirtschaftliche Produktionswirkungen von 2,44 Milliarden Euro haben. Gleichzeitig werden hierdurch in der Gesamtwirtschaft rund 22 000 Arbeitsplätze geschaffen beziehungsweise gesichert. Für kommunale Bauinvestitionen dürfte der Multiplikator eher noch höher ausfallen. Auf jeden Fall kommen kommunale Baumaßnahmen eben nicht nur der Bauwirtschaft, sondern der gesamten Wirtschaft zugute.

**BSZ** Was sollte der Freistaat unternehmen, um den Kommunen zu helfen?

**SCHMID** Wir haben dazu drei Vorschläge: Als Sofortmaßnahme sollte der Freistaat die Eigenbeteiligung der Kommunen bei allen Förderprogrammen halbieren. Auch schon in normalen Zeiten lassen einige Kommunen nämlich deswegen viele Förderungen ungenutzt. Das allein wird aber nicht reichen. Wir meinen, für die Kommunen muss auch ein Schutzschirm geschaffen werden oder ein neuer Rettungsfonds. Bekanntlich sind die Kommunen die wichtigsten öffentlichen Bauauftraggeber. Von ihnen stammen knapp 60 Prozent der öffentlichen Bauaufträge. Sie haben damit auch eine große Verantwortung für die lokale Bauwirtschaft.

**BSZ** Reicht es, wenn das Finanzministerium jetzt schon zwei von den zehn Milliarden Euro des kommunalen Finanzausgleichs ausbezahlt?

**SCHMID** Das reicht alleine leider nicht. Wenn, wie ich eben gesagt habe, die Eigenbeteiligung oft das Problem ist, dann würde das gerade jetzt überhaupt nicht helfen. Zuerst muss die Eigenbeteiligung halbiert



In Bayern gibt es immer baureife Projekte, die sofort umgesetzt werden können.

FOTO: DPA/PETER KNEFFEL

werden, erst danach bringt es etwas, den Finanzausgleich früher auszubahlen.

**BSZ** Sollte nicht auch der Bund zum Beispiel über eine raschere Finanzausstattung von baureifen Projekten aus dem Bundesverkehrswegeplan mit anschieben?

**SCHMID** Ja. Bayern würde das sogar sehr helfen. Bayern hätte bekanntlich immer nur eine Milliarde an baureifen Projekten in der Schublade. Das war das Markenzeichen der früheren Obersten Baubehörde. Das bayerische Bauministerium setzt diese Tradition weitgehend

fort. Die Politik muss darauf achten, dass sie immer ausreichend hohe Etats für die Planungsmaßnahmen bereitstellt, zusätzlich zu den Baueats. Denn Projekte nur vorzuziehen, das hilft zwar jetzt, aber das schadet dann in der Zukunft, wenn nichts mehr nachkommt.

**BSZ** Was sollten die Kommunen daher mittel- und langfristig noch zusätzlich tun?

**SCHMID** Die Kommunen müssen rechtzeitig Folgeprojekte vorbereiten. Der Baubedarf ist ja riesig. Das betrifft sowohl die Sanierung vieler kommunaler Gebäude, ebenso die

Leistungs- und Versorgungsinfrastruktur und natürlich die kommunalen Straßen und Brücken. Vieles muss auch neu gebaut werden. Wieso sonst wollen wir eine Mobilitätswende oder die Energiewende umsetzen? Da brauchen wir überall moderne Infrastrukturen.

**BSZ** Herr Schmid, haben Sie noch ein besonderes Anliegen?

**SCHMID** Ich möchte abschließend noch für mehr ÖPP werben. Da könnte man mit jedem Projekt zwei Probleme auf einmal lösen. Es gibt ja weiterhin viel privates Kapital, das fast verzweifelt nach einer sinnvoll-

en Anlagemöglichkeit sucht. ÖPP ist aber mehr als eine Finanzierungsvariante. Die Kommunen bekommen damit auch einen baufähigen Partner für ihre Projekte. So entstehen oft Projektideen, die besser und zugleich kostengünstiger sind. Und die von Anfang an langfristig angelegt sind, nämlich über den gesamten Lebenszyklus eines Projektes. Die Baukosten und die Ausgaben für den Unterhalt des Gebäudes werden so immer zusammen betrachtet. Dadurch entstehen gute Bauwerke mit optimierten Unterhaltskosten.

Interview: RALPH SCHWEINFURTH



Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbands. FOTO: BIV

den. Jetzt fehlen die Fahrgäste, die Busse fahren ja fast leer durch die Gegend. Natürlich ist für die Kommunen die Versuchung groß, bei den Bauinvestitionen „zu sparen“. Bauinvestitionen sind disponibel, sie sind nämlich durch kein Leistungsgesetz festgeschrieben. Eigentlich aber sollten die Kommunen die ruhigeren Corona-Zeiten für diejenigen Bauinvestitionen nutzen, die gerade jetzt leichter durchführbar sind.

**BSZ** Warum?

**SCHMID** Wenn Schulen und Kindergärten geschlossen sind, die Schulbusse nicht fahren, dann ist das eigentlich eine ideale Zeit für viele Baumaßnahmen. Es kommt noch hinzu, dass jetzt die Baustellen viel leichter erreichbar sind. Diese Erfahrung berichten viele unserer Mitgliedsunternehmen. Und am schnellsten und kostengünstigsten können sie mit den seriellen und modularen Methoden der Bauindustrie bauen. All das sollten die Kommunen nutzen.

## Arbeiten für neue Feuerwehrgerätehäuser in Nürnberg beginnen

# Ein Baukörper mit Dachterrasse und ein Umbau

Die Stadt Nürnberg hat die WBG Kommunal GmbH mit der Überarbeitung von derzeit sechs Standorten der Freiwilligen Feuerwehren in Nürnberg beauftragt. Nach dem Beginn der Arbeiten für die Feuerwehrgerätehäuser (FWGH) in den Stadtteilen Buch und Eibach beginnen nun in Kürze auch die Arbeiten für den Standort der Freiwilligen Feuerwehr in Nürnberg-Kornburg.

Das bestehende Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Kornburg am Kalkgrubenweg 29 wird umgebaut und erweitert. Die vorhandene Fahrzeughalle erhält einen Anbau, in dem die Umkleide- und der Sanitärtrakt geschlechtergetrennt untergebracht werden. Das vorhandene Anwesen wird umfassend saniert und mit moderner Technik ausgestattet.

### Bestehendes Gebäude weiter nutzen

„Die Weiternutzung der bestehenden Liegenschaft ist ein schönes Beispiel für sparsamen Umgang mit Flächen. Gleichzeitig wird mit dem Projekt die FFW Kornburg auf modernste Räume zurückgreifen können. Zudem wird die Wache mit einem Notstromaggregat und weiteren Anlagen ausgerüstet, die im Katastro-



So sollen die Feuerwehrgerätehäuser einmal aussehen: links der Neubau in Eibach, rechts der Umbau in Kornburg.

VISUALISIERUNGEN: ARCHITEKTURBÜRO KÖLLING ARCHITECTEN PARTG MBH, EIS ARCHITECTEN BAMBERG

phenfall dazu dienen, dem ganzen Stadtteil eine erste Anlaufstelle für die nötigsten Bedarfe zu bieten“, erklärt Planungs- und Baureferent Daniel F. Ulrich das Konzept für den Standort.

Die Planung stammt aus der Feder der Eis Architekten aus Bamberg. In den Standort Kornburg investiert die Stadt Nürnberg rund 1,5 Millionen Euro.

Als Ersatz für das bestehende Feuerwehrhaus des Löschzugs Eibach der Freiwilligen Feuerwehr Nürnberg am Zeitenwendeplatz 4b wird am künftigen Standort Gundelfinger Straße 16

ein neues Gebäude mit zwei Stellplätzen für die beiden Einsatzfahrzeuge, einem eingeschossigen Lagerbereich und einem zweigeschossigen Funktionstrakt mit Umkleiden und Schulungsraum errichtet.

Zusätzlich dient die Liegenschaft der Feuerwehr Nürnberg im Bedarfsfall als Befehlsstelle oder Versorgungs- und Logistikstandort. Der Standort sichert das schnellstmögliche Eintreffen der Einsatzkräfte am Einsatzort und bietet neben der einsatzrelevanten Infrastruktur des Weiteren die Möglichkeit zu theoretischen wie



praktischen Ausbildungseinheiten, die dem Erhalt der Leistungsfähigkeit der Feuerwehr dienen. Ein wichtiges Ziel ist hierbei die Nachwuchsgewinnung und -förderung, dem auch durch den Unterhalt einer Jugendfeuerwehr Rechnung getragen wird. Das Feuerwehrhaus ist 24 Stunden pro Tag an 365 Tagen im Jahr betriebsbereit, jedoch nicht ständig mit Personen besetzt. Die Freiwillige Feuerwehr Eibach hat derzeit eine Stärke von 46 Einsatzkräften.

Der circa acht Meter hohe Baukörper orientiert sich mit seiner

Eingangsfassade und dem Hallentor zur Gundelfinger Straße. Um die erforderliche Vorfahrtsfläche und die kreuzungsfreie Zufahrt mit zwölf Pkw- und zwölf Fahrrad-Stellplätzen auf dem Grundstück der Feuerwehr zu ermöglichen, wird der Baukörper mit Abstand von circa 24 Metern von den Toren zur Gundelfinger Straße versetzt. Der zweigeschossige Funktionstrakt nimmt in seiner Höhe die Fahrzeughalle auf und wirkt zusammen mit dem eingeschossigen Lagerbereich mit Dachterrasse als ein Baukörper. Das FWGH wird mit einem Flach-

dach geplant. Das Notstromaggregat zur Sicherstellung des Weiterbetriebs im Katastrophenfall wird im Bereich des Parkplatzes angeordnet.

Die Planung stammt aus der Feder des Architekturbüros Kölling Architekten PartG mbH, BDA, Bad Vilbel. Für den Standort Eibach investiert die Stadt Nürnberg rund 4,5 Millionen Euro, die vom Freistaat Bayern gefördert werden.

### Altes Feuerwehrhaus wird Bürgertreff

„Es freut mich sehr, dass wir neben unserem Engagement beim Neubau von Mietwohnungen an der Neuberger Straße in Eibach nun auch mit den Arbeiten für den neuen Standort der Freiwilligen Feuerwehr Eibach beginnen können“, erklärt Ralf Schekira als Geschäftsführer der WBG Unternehmensgruppe.

„Der Clou ist, dass nun in Eibach die Planungen zur Umwandlung des alten Feuerwehrhauses in einen Bürgertreff Gestalt annehmen können, parallel schafft die Stadt Nürnberg mit dem neuen Bauwerk in Eibach ein positives Zeichen für die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt“, ist Nürnbergs Planungs- und Baureferent Daniel F. Ulrich überzeugt. > **BSZ**